



„Grün treibt an – Gemeinsam gegen die Klimakrise“

Was soll in Paris passieren?

Mit der VN-Klimakonferenz (COP 21) Ende des Jahres in Paris bekommt das Klimathema endlich wieder etwas mehr Aufmerksamkeit. Das neue Abkommen soll ab 2020 das existierende, aber wenig ambitionierte Kyoto-Klimaprotokoll ablösen und weiterhin alle Staaten der Welt zur wirksamen Minderung von Treibhausgasemissionen verpflichten. Das Kyoto-Protokoll verpflichtet dagegen bisher nur die Industrieländer zu konkreten Minderungen.

Angesichts der seit Jahren zähen und schwierigen Verhandlungen ist klar, dass dieser neue für Paris angestrebte Weltklimavertrag nicht zu allen Fragen konkrete Vereinbarungen enthalten wird. Stattdessen ist von einem Paket an Entscheidungen von verschiedenen Verbindlichkeiten und auf unterschiedlichen Ebenen auszugehen. Vermutlich wird am Ende eine Einigung erzielt, die neben einem knappen völkerrechtlich bindenden Teil weitere ergänzende Elemente unterschiedlicher Verbindlichkeit enthält. So kann es gelingen, Länder wie die USA oder China mit einzubeziehen, die sich bisher einer umfassenden völkerrechtlichen Verpflichtung verweigert haben.

Ein zentrales, neues Element bei der diesjährigen COP sind die nationalen Minderungsbeiträge zum Klimaschutz, die sog. INDCs – *Intended Nationally Determined Contributions*. Diese wurden bzw. werden freiwillig gemeldet und bedeuten damit einen Wandel in Richtung *bottom-up*- statt *top-down*-Ansatz. Wie verbindlich die INDCs in Zukunft sein werden, ist jedoch eine der zentralen noch unbeantworteten Fragen.

Wie schwierig der Weg nach Paris ist, hat die gerade am 23.10. in Bonn zu Ende gegangene letzte UNFCCC-Arbeitskonferenz vor Paris gezeigt. Zwar wurde dort immerhin ein Text verabschiedet, der die Verhandlungsgrundlage für das Abkommen von Paris sein soll. Doch dieses 51 Seiten lange Dokument enthält noch zahlreiche Widersprüche und strittige Formulierungen in eckigen Klammern, die es zu entscheiden gilt.

Darüber hinaus hat das UNFCCC Klimasekretariat am 30.10. die INDCs ausgewertet. Demnach haben bis zum 1. Oktober 146 Länder ihre Minderungsbeiträge für Paris eingereicht. Ergebnis: wir bewegen uns auf eine 2,7–3,5 Grad wärmere Welt zu. Immer noch zu wenig, um einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden!

Insofern wird auch eine Verständigung in Paris sicher nicht der Schlusspunkt der internationalen Klimapolitik sein, sondern lediglich eine sehr wichtige Zwischenetappe, die die richtigen Weichen stellen muss.

Abgesehen von den internationalen Verhandlungen ist vor allem entscheidend, was regional bereits alles passiert. Viele Regionen der Welt sind in Sachen Klimaschutz bereits sehr viel weiter, als es die zähen Verhandlungen auf VN-Ebene erwarten lassen. Abgesehen davon sind heute erneuerbare Energien zum Teil schon billiger als Kohle.

Vieles wird in Paris auch davon abhängen, wie ambitioniert und glaubwürdig die Bundesregierung im Vorfeld und auf der Konferenz auftritt. Tatsächlich präsentiert sie sich international anders als sie zu Hause handelt, bestes Beispiel war der G7-Gipfel in Elmau. Dort hatte die Kanzlerin die internationale Bühne genutzt, um sich als vermeintliche Klimaschützerin zu inszenieren. Doch wenige Tage später zeigte sich in der nationalen Politik ihr wahres Gesicht – als Kohlekanzlerin, indem sie der vorgeschlagenen Klimaabgabe auf schmutzige Kohlekraftwerke die Unterstützung verweigerte. Auch in der EU kämpft die Bundesregierung nicht mit wirklicher Leidenschaft für eine Vorreiterrolle, weswegen sich auch das INDC der EU (Minderung von -40% CO₂ bis 2030) nicht auf dem 2-Grad-Pfad befindet.

Das erwarten wir Grüne konkret von Paris

Damit eine Paris-Vereinbarung wirksam sein kann, sollte sie aus Grüner Sicht mindestens die nachfolgenden drei Aspekte beinhalten:

1. **Zumindest das übergeordnete und langfristige Ziel, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius zu begrenzen, muss völkerrechtlich bindend verankert werden.**

Das Bekenntnis zu diesem Ziel gilt es im Rahmen von verbindlichen nationalen oder auch regionalen Dekarbonisierungsfahrplänen sowie nationalen Minderungszielen zu untermauern. Wirklich entscheidend – wenn auch sehr technisch – ist, inwieweit hier ein verbindlicher Überprüfungsrahmen der INDCs (unter dem VN-Dach) gesetzt werden kann.

2. **Ein Bekenntnis zu „Raus aus den fossilen und rein in die erneuerbaren Energien“.**

Zu einem neuen Abkommen gehört – zumindest in den einleitenden Worten – ein Bekenntnis der unterzeichnenden Staaten zu einer dekarbonisierten Gesellschaft und eine Bezugnahme auf Erkenntnisse des jüngsten IPCC-Berichtes, dass 2/3 der fossilen Energien in der Erde gelassen werden müssen. Für Deutschland heißt das, den Kohleausstieg einzuleiten, Subventionsabbau und Divestment angehen sowie neue Kooperationen mit Blick auf Erneuerbare.

3. **Für mehr Klimagerechtigkeit und Partnerschaften zwischen Nord und Süd gehört die internationale Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen als zentrales und gemeinschaftliches Instrument ausgebaut und gestärkt.**

Es muss eine Antwort darauf gegeben werden, wie das Versprechen der Industriestaaten, ab 2020 100 Milliarden Euro an Klimageldern zu mobilisieren, konkret eingelöst wird. Außerdem muss geklärt werden, wie es mit der Unterstützung für „Schäden & Verluste“ bei von der Klimakrise am härtesten betroffenen Ländern weitergeht.

Dafür stehen wir Grüne

- Wir müssen es schaffen, den globalen Temperaturanstieg auf allerhöchstens 2° zu begrenzen. Dafür muss ein Großteil der weltweiten Vorräte an Kohle, Öl & Gas im Boden bleiben.
- Nichthandeln wird teurer als Handeln – das hat der jüngste Bericht des Weltklimarates IPCC gezeigt. Die Folgen der Klimakrise sind durch Extremwetterlagen wie Dürren, Unwetter, Orkane schon heute und hier bei uns verstärkt zu spüren.
- Die Klimakonferenz in Paris allein kann die Klimakrise nicht lösen, sie ist der notwendige Auftakt. Auch in den Folgejahren müssen wir uns weiter anstrengen.
- Wir wollen teure Energieimporte einsparen und dieses Geld in unsere Zukunft investieren.
- Wir wollen uns nicht abhängen lassen im globalen Wettbewerb um die Technologien von morgen.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung

Deutschland hat angesichts der Energiewende und des historischen Beitrags zur Klimakrise eine besondere Verantwortung, mit ambitioniertem Klimaschutz im eigenen Land voranzugehen. Wer den Klimaschutz international voranbringen will, muss mehr liefern als Sonntagsreden und Absichtserklärungen auf internationalen Konferenzen. Für die Bundesregierung muss das heißen:

- In Brüssel für eine **Nachbesserung des 2030-Ziels** zu kämpfen, damit auch die EU auf den 2-Grad-Pfad gelangt.
- **Vorlage eines nationalen Klimaschutzgesetzes**, das bis 2050 jährliche Reduktionsziele verbindlich festlegt und für die Sektoren Stromerzeugung, Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft und Kreislaufwirtschaft neben Zielen auch konkrete Klimaschutzmaßnahmen enthält.
- **Einleitung des nationalen Kohleausstiegs** durch die Einführung von CO₂-Grenzwerten für fossile Kraftwerke, um damit den internationalen wissenschaftlichen Empfehlungen nachzukommen, nach denen 2/3 der verbleibenden fossilen Ressourcen unter der Erde bleiben müssen, um die Erderwärmung auf max. 2 Grad zu begrenzen.
- Einsatz für **die Einführung eines EU-weiten CO₂-Mindestpreises** im Rahmen des Emissionshandels und Untermauerung durch die zügige Einführung eines nationalen CO₂-Mindestpreises.
- Vorlage eines konkreten **Aufwuchspfades** für den gerechten deutschen Anteil an **den ab 2020 international zugesagten Mitteln** in Höhe von 100 Milliarden Dollar jährlich zur Finanzierung des globalen Klimaschutzes.
- Vorlage eines **Plans für den schrittweisen Abbau** der jährlich ca. 50 Milliarden Euro an **umwelt- und klimaschädlichen Subventionen**, um bestehende Fehlanreize zu beseitigen und einen Beitrag zur Unterstützung und Finanzierung der Energiewende und eines klimaverträglichen Wirtschaftens zu leisten.